

# UNSER WETTER

FRÜHLING 2019



Prof. Dr. Dietmar Köster, Europaabgeordneter der SPD und ehemaliger Stadtverbandsvorsitzender der SPD in Wetter.  
Foto: Benoit Bourgeois

## EUROPAWAHL: MINDESTLÖHNE STATT FLUGZEUGTRÄGER

Die Europäische Union hat Vertrauen verspielt, zudem wächst die soziale Ungleichheit. Ein Wendepunkt ist aber in Sicht: am 26. Mai ist Europawahl. An dem Tag können die Bürger darüber mitentscheiden, ob Europa sich in Zukunft eher um Mindestlöhne oder um Flugzeugträger kümmert.

„Die unterschiedlichen Positionen der Konservativen und der Sozialdemokratie waren selten so klar wie jetzt“, sagt Prof. Dietmar Köster (SPD), Europa-Abgeordneter. Köster kandidiert für einen Platz im Europaparlament. Er steht auf der Liste der SPD auf Platz acht; insgesamt stehen der Bundesrepublik 96 Sitze im Europäischen

Parlament zu. Das sind einige der wichtigsten Themen, um die es geht:

- Mindestlöhne oder eine dramatische Erhöhung der Rüstungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes
- Bekämpfung der Kinderarmut oder der Bau eines europäischen Flugzeugträgers
- Europäische Arbeitslosenversicherung oder der Aufbau einer weltweit agierenden Armee
- Investitionen in Bildung, Gesundheit und in sozialen Wohnungsbau – oder Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien

„Die Zustimmung zur Europäischen Union wird wieder wachsen“, sagt Prof. Dietmar Köster, „wenn die EU eine Politik für die große Mehrheit und nicht für wenige ökonomisch Mächtige realisiert.“ Die Politiker

der Europäischen Union sind nun gefragt, Antworten zu finden auf die Existenzängste der Bürger.

Beispiel: Mit der Einführung des Euro wurde versprochen, dass sich die Lebensverhältnisse sowohl zwischen den Mitgliedsstaaten als auch in ihnen angleichen würden. Das Gegenteil ist eingetreten. Das wirtschaftliche und soziale Gefälle zwischen den Mitgliedsstaaten der EU wächst, und zwar auf bedenkliche Art und Weise.

### *BEDROHUNG DER EU DURCH FEINDE VON RECHTS*

Die Probleme sind mannigfaltig: Die Exportüberschüsse der Bundesrepublik führen zu wirtschaftlichen Ungleichgewichten. Eine gemeinsame Wirtschafts- und Sozialpolitik fehlt weitestgehend, das gefährdet den Euro. Die

soziale Ungleichheit hat zugenommen. Knapp 120 Mio. Menschen sind arm oder von Armut bedroht. Das ist ein Viertel der EU-Gesamtbevölkerung. „Wir brauchen jetzt soziale Mindeststandards auf europäischer Ebene“, sagt Prof. Dietmar Köster. „Dafür benötigen wir einen europäischen Mindestlohn, der 60 Prozent des Durchschnittseinkommens des jeweiligen Mitgliedsstaats beträgt.“ Zudem soll eine europäische Arbeitslosenversicherung den Zusammenhalt stärken. Auch eine Beschäftigungsgarantie für junge Menschen muss umgesetzt werden.

Die Wähler haben es zudem in der Hand, über eine Bedrohung der EU durch ihre Feinde von Rechts und die Tendenzen zur Renationalisierung zu entscheiden. In Ungarn und Polen wurde der Rechtsstaat schon infrage gestellt.



Der neue Gewerbepark Schwelmer Straße, auch bekannt als Gewerbegebiet „Am Stork“. Die Fläche liegt direkt an der Autobahn A1 und wird aktuell landwirtschaftlich genutzt. Die gestrichelte Linie in der Grafik auf der rechten Seite zeigt das neue Gewerbegebiet in seinen Umrissen. Luftbild: Regionalverband Ruhr, CC BY-NC-SA 4.0 - Grafik: Stadt Wetter

## GEWERBEGEBIET „AM STORK“ HILFT, WETTER LEBENSWERT ZU MACHEN

Der Gewerbepark Schwelmer Straße – oder ehemals besser bekannt als Gewerbegebiet Am Stork – wird nach zwölfjährigem politischem Streit nun endlich Realität werden. Das ist ein Gewinn für ganz Wetter. Nicht nur für Unternehmer und die Stadt, sondern auch für die Bürger.

### ERSTES NEUES GEWERBEGEBIET SEIT 30 JAHREN

Die Diskussionen waren lang und intensiv, und sie haben zu einer Mehrheit aus SPD und FDP geführt. Mit dieser Mehrheit wurde die Erschließung des knapp zwölf Hektar großen Areals direkt an der A1 beschlossen. Damit ist der Stork die erste Neuausweisung eines Gewerbegebiets seit fast 30 Jahren.

Gerade in Wetter wurden in der Vergangenheit erfolgreich schwierigen Flächen zur Gewerbeentwicklung genutzt, bevor auf der sprichwörtlichen „grünen Wiese“ gebaut wurde. Dies ist vor allem der Wiederbelebung alter Industriebrachen wie der „Reme“ zu verdanken. Seit der Ausweisung des Gewerbegebietes „Schöllinger Feld“ Anfang der 1990er-Jahre gab es keine neue, großräumige Freifläche mehr, auf der sich Gewerbe ansiedeln konnte.

Gewerbeflächen am Ort sorgen für Arbeits- und Ausbildungsplätze. In der Metropole Ruhr sind 43 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse (SVB) in Gewerbeflächen angesiedelt. Demgegenüber steht ein Anteil von nur 16 Prozent aller Unternehmen.

Wetter ist zudem auf Unternehmen angewiesen: „Um die Leistungen bezahlen zu können, die Wetter

lebenswert machen, müssen wir unsere Einnahmehbasis durch Wachstum verbreitern anstatt die Bürger und Unternehmen unserer Stadt durch Steuererhöhungen immer mehr zu belasten“, sagt Bürgermeister Frank Hasenberg.

Im Ennepe-Ruhr-Kreis sind 50 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse (SVB) in Gewerbegebieten angesiedelt<sup>1</sup>. Das ist deutlich mehr als im Schnitt der Metropole Ruhr. Warum? Im EN-Kreis arbeiten viele Gewerbe und Betriebe, die produzieren und verarbeiten. In Wetter selbst liegt dieser Wert mit 52 Prozent sogar noch höher. Damit wird ersichtlich, welche Bedeutung Gewerbeflächen als Ort der Beschäftigung und Ausbildung haben.

### GEWERBESTEUER WICHTIG FÜR STADT-FINANZEN

Gewerbeflächen sind aber auch wichtig für die Finanzen der Stadt. Von den 30 größten Gewerbesteuerzahlern (Stand: 2017) in Wetter sind 17 in einem Gewerbegebiet ansässig, das die Stadt entwickelt hat. Und: Mehr als die Hälfte des gesamten kommunalen Steueraufkommens stammt von Unternehmen in Gewerbegebieten. Die Gewerbesteuer macht mit aktuell eingeplanten 17 Millionen Euro den größten Einzelposten bei den Erträgen der Stadt aus. Zum Vergleich: Die Grundsteuer B bringt rund fünf Millionen Euro. Unternehmen finden in Wetter aktuell keine freien Gewerbeflächen mehr vor.

<sup>1</sup> Quelle: Business Metropole Ruhr GmbH, <https://business.metropoleruhr.de/handlungsfelder/flaechen-investorenservice/gewerbliches-flaechenmanagement/>

Daher besteht ein Zusammenhang zur Standortpolitik einheimischer Firmen in den letzten Jahren. So fand die Firma Burg vor drei Jahren keine passenden Flächen mehr, weshalb das Wetteraner Traditionsunternehmen in Hagen-Vorhalle neu baute. Ein Missstand, der sich nicht wiederholen darf, stellt SPD-Chef Peter Zinn fest: „Seit 2009 haben vier heimische Unternehmen die Stadt Wetter verlassen oder auswärtige Teilstandorte eröffnet, weil sie in Wetter keine passenden Flächen finden konnten. All diejenigen, die die Neuausweisung von Gewerbegebieten, insbesondere des Stork, torpediert haben, sind dafür verantwortlich und haben unserer Heimatstadt somit großen Schaden zugefügt.“

Ebenfalls bekannt ist der Wegzug der Firma Adronit aus Wengern. Auch hier konnte die Stadt kein Angebot an Flächen machen, die Adronit für eine moderate Erweiterung der Produktions- und Versandkapazitäten in Wetter suchte. Auch das Traditionsunternehmen Bleistahl eröffnete erst im vergangenen Jahr einen neuen Standort in Gelsenkirchen, da in der näheren Umgebung keine passenden Flächen angeboten werden konnten.

Zudem behält die Stadt durch das neue Gewerbegebiet das Heft des Handelns in der Hand, bekräftigt der SPD-Fraktionsvorsitzende im Rat der Stadt Wetter, Dirk Fröhning: „Durch die Realisierung des Storks in Eigenregie der Stadt haben wir Stadträte die Mög-



Ein Gewerbegebiet bedeutet auch: neue Arbeitsplätze.  
Foto: Fancycrave / Unsplash

lichkeit, jeden Quadratmeter kostbarer Gewerbefläche nur an diejenigen Interessenten zu verkaufen, die das Maximum an Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen für unsere Stadt bringen.“

## FAKTEN STATT BEHAUPTUNGEN

In der Diskussion um das Gewerbegebiet Schwelmer Straße wurden immer wieder Behauptungen aufgestellt, die sich nicht mit Tatsachen untermauern lassen. Das soll hier exemplarisch nachgeholt werden. Eine vollständige Analyse findet sich unter: [www.spd-wetter.de](http://www.spd-wetter.de)

**Behauptung: „In den vergangenen Jahren sind auf neuen Gewerbeflächen kaum neue Arbeitsplätze geschaffen worden.“**

Fakt ist, dass in Wetter trotz des teils massiven Rückgangs von Arbeitsplätzen im produzierenden Gewerbe (Schrumpfung der Demag, Schließung Reme) in den vergangenen knapp 20 Jahren ca. 1000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse (SVB) neu geschaffen werden konnten. Lag die Anzahl der SVB in Wetter 1999 noch bei 10.281, so sind es im Jahr 2017 schon 11.528 (davon 5049 im produzierenden Gewerbe), was einer Steigerung von rund zwölf Prozent entspricht. Quelle: Kommunalprofil Wetter (Ruhr), erstellt durch IT.NRW

**Behauptung: „Durch fortschreitende Automation hat sich die Zahl der Arbeitsplätze sogar verringert.“**

Fakt ist, dass bei neuen Gewerbeansiedlungen sogar weniger Fläche pro SVB benötigt wird. Die Flächenkennziffer bemisst, wie viel Quadratmeter Fläche pro SVB nötig sind. Sie beträgt im Gesamt-Bestand der Metropole Ruhr (Stand: 2014) 321 Quadratmeter pro SVB. Betrachtet man aber nur die Neuansiedlungen zwischen 2005 und 2013, so sinkt die Flächenkennziffer auf 250 Quadratmeter. Moderne Betriebe sind also flächenschonender als der Durchschnitt. Quelle: Marktbericht III Gewerbliches Flächenmanagement Ruhr 2014 der Wirtschaftsförderung Metropole Ruhr

**Behauptung: „Es geht ein bedeutendes Naherholungsgebiet verloren.“**

Fakt ist, dass das neue Gewerbegebiet unmittelbar an die A1 angrenzt, die von mehr als 100.000 Kfz pro Tag genutzt wird.

Quelle: Landesbetrieb Straßen.NRW

# EIN SICHERER HAFEN FÜR GEFLÜCHTETE

Wetter wird zum sicheren Hafen für Geflüchtete in Seenot. Das hat der Rat auf Antrag der SPD nun beschlossen. Damit beteiligt sich die Stadt an der Bewegung „Seebrücke“.

„Sicherer Hafen“ bedeutet: Die Stadt erklärt sich bereit, Flüchtlinge aufzunehmen, die aus Seenot gerettet wurden. Dafür hat Wetter sich nun der Bewegung „Seebrücke“ angeschlossen.

Das ist eine dezentral organisierte, zivilgesellschaftliche Bewegung, die sich für Flüchtlinge einsetzt, die in Seenot geraten sind. Sie will verhindern, dass noch mehr Menschen im Mittelmeer ertrinken, die aus blanker Not und Überlebenswillen ihre Heimat verlassen.

## MISSTÄNDE IN DER MIGRATIONSPOLITIK

Das Bündnis entstand, als Ende Juni 2018 ein Flüchtlingsschiff mit 234 Menschen an Bord daran gehindert wurde, in einen Hafen auf Malta einzulaufen.

Mit dem Antrag forderte die SPD die Stadtverwaltung auch auf, den Beschluss den übergeordneten politischen



Noch immer ertrinken täglich Menschen im Mittelmeer; im Jahr 2018 waren es mindestens 2275 Menschen, wie die Flüchtlingshilfe der Vereinten Nationen (UNHCR) informiert. Das sind rund sechs Tote pro Tag. Zwischen Libyen und Europa bezahlte jeder 15. Geflüchtete den Überquerungsversuch mit dem Leben. Foto: Nikko Macaspac/Unsplash

Ebenen bekannt zu geben – um auf die Missstände in der deutschen und auch europäischen Migrationspolitik aufmerksam zu machen.

Es stimmt zwar, dass die Migrationsströme kleiner geworden sind, seit ihrem Höhepunkt im Jahr 2015. Doch die Lage hat sich nicht beruhigt, mehr und mehr Menschen begeben sich in die Hände skrupelloser Schlepper, viele bezahlen dafür mit ihrem Leben. Manche südlichen Mitgliedsstaaten der EU gehen sogar so weit, Seenotrettungsorganisationen zu kriminalisieren.

Das kritisiert die SPD aufs schärfste! Im Angesicht des tausendfachen Todes, der sich in den vergangenen Jahren auf dem Mittelmeer ereignete, kann kein mitfühlender Mensch still bleiben. Wir als Stadtgesellschaft

wollen ein Zeichen setzen gegen humanitäres Elend und für eine weltoffene, solidarische und menschenfreundliche Gesellschaft.

## EIN ZEICHEN GEGEN DAS ELENDE

Uns ist allerdings auch klar, dass die damit verbundenen Herausforderungen nicht in einem einzigen Land oder gar in einer Kleinstadt wie Wetter überwunden werden können. Als im Jahr 2015 rund eine Million Geflüchtete nach Deutschland kamen, war das der Anlass zu einer tiefgreifenden Veränderung des politischen Klimas; eine Veränderung hin zu einem verschlossenen, stark polarisierten und auch populistischen Land. Diese Veränderungen lehnen wir strikt ab! Allerdings er-

warten wir auch, dass der vermehrte Zuzug von Menschen aus anderen Kulturen verstärkt Inklusionsmaßnahmen erfordert, um Konflikten sowie den Problemen zu begegnen, die mit dem Aufeinandertreffen unterschiedlicher Kulturen zwangsläufig einhergehen und die Ängste bei vielen Bürgern auslösen.

Die aktuelle Migrationspolitik der Europäischen Union setzt eher auf Abschottung als auf Vermeidung von Fluchtursachen und ist daher ungeeignet. Hier ist ein tiefgreifender Wandel von Wirtschaftspolitik und Umweltpolitik gefragt, um die südlichen Regionen der Welt nicht vom wirtschaftlichen Wachstum abzuhängen oder durch den Klimawandel unbewohnbar zu machen.

## FÜR DEN INHALT DIESER ANZEIGE IST VERANTWORTLICH:

SPD - Stadtverband Wetter (Ruhr), Königstraße 69a, 58300 Wetter (Ruhr). Kontakt: [www.spd-wetter.de](http://www.spd-wetter.de); [stadtverband@spd-wetter.de](mailto:stadtverband@spd-wetter.de).  
V.i.S.d.P.: Dr. Peter-Christian Zinn, Wetter (Ruhr).

Urheberrechtshinweise: Texte Seite 1-3: Peter Zinn; Texte Seite 4: Prof. Dr. Dietmar Köster; Fotos siehe Bildunterschriften.